

„Wir brauchen mehr Staat“

1 Ja. Wir haben gesehen, dass unregulierte Märkte instabil sind und zu Übersteigerungen tendieren und dann irgendwann zusammen brechen und eine große Krise auslösen. Hier muss der Staat stärker als Regulator tätig werden. Der zweite Bereich ist der der Konjunkturstabilisierung. In einer tiefen Konjunkturkrise muss der Staat mittels Konjunkturprogrammen unbedingt handeln, um die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Nur der Staat kann hier die nötigen Impulse bringen. Neu ist jetzt, dass das global koordiniert werden muss, weil wir außenwirtschaftlich so eng verflochten sind.

2 Wir brauchen globale Institutionen, die aufpassen, warnen und anregen. Das kann der Internationale Währungsfonds sein, das kann aber auch der G-20-Gipfel sein, der sich jetzt sicherlich in regelmäßigen Abständen treffen wird, um hier entscheidende Maßnahmen zu beschließen.

3 Es müsste einen globalen Rahmen für die Finanzmärkte geben. Außerdem brauchen wir eigentlich auch ein globales Konjunkturprogramm, durch das jedes Land mittels stimulierender Maßnahmen den Welthandel wieder in Fahrt bringt.

4 Das reicht nicht mehr aus. Die Krise ist wesentlich schärfer, als wir noch zu Jahresanfang dachten. Die Prognosen für Deutschland pendeln sich auf fünf Prozent Schrumpfung ein in diesem Jahr, und die Weltwirtschaft schrumpft auch wesentlich stärker als wir gedacht haben. Das heißt, die Bundesregierung muss im Geleitzug mit den anderen Ländern nochmal nachlegen und ein drittes Konjunkturpaket auflegen. Auch hier sollten wieder verstärkt der investive Bereich gefördert werden, insbesondere die Energieeffizienz und der Bildungssektor.

5 Was sicherlich Vorbild ist, ist ein ausgebautes Sozialsystem, das gerade in der Krise stabilisierend wirkt. Das ist in Deutschland so, aber noch stärker in den skandinavischen Ländern. Wir brauchen ein starkes Sozialsystem auch als Krisenpuffer.

Zur Person



Gustav Adolf Horn (54) leitet seit 2005 das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der staatsunabhängigen, gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Horn ist habilitierter Volkswirt.

Das Thema

Für die einen zu viel, für die anderen zu wenig: Auf dem G 20 Gipfel wird auch über die Höhe der Konjunkturprogramme gestritten. Und es geht um die grundsätzliche Frage, wie stark ein Staat sein soll. Ines Pohl fragte zwei namhafte Experten nach Ihrer Meinung.

Die Fragen

1. Ist die Krise auch Ausdruck davon, dass sich der Staat mehr einmischen muss?

2. Wie könnte ein global funktionierendes Kontrollsystem gestaltet werden?

3. Wie könnte dies konkret aussehen?

4. Reicht es, was die Regierung mit ihren Konjunkturpaketen auf den Weg gebracht hat?

5. Kanzlerin Merkel sagt, das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft sollte Vorbild sein für andere Länder. Hat sie damit Recht?

„Es gibt genügend Programme“

1 Die Krise ist auch entstanden, weil die amerikanische Notenbank die Zinsen so extrem niedrig gehalten hat und Negativrealzinsen zugelassen hat. Andererseits kann die Marktwirtschaft nur funktionieren, wenn sie klare Regeln hat und die hat der Staat schlecht gesetzt. Insofern muss die Finanzregulierung grundsätzlich verbessert werden. Der Staat darf sich aber nicht täglich einmischen.

2 Es kann sicherlich keine Weltregulierungsbehörde geben, die überall gleiche Standards vorsieht. Das wäre gefährlich.

3 Dezentrale Institutionen für Europa, Nordamerika und Asien müssen dafür sorgen, dass alle Finanzakteure beobachtet werden und dass die Produkte und die mittelfristigen Strategien eine Zertifizierung erfahren, ähnlich wie bei der Zulassung eines neuen Medikamentes. Und wir brauchen verbesserte Regeln über die Eigenkapitalverpflichtungen, die mit vier Prozent zu niedrig sind.

4 Der Gipfel droht von einer Scheindiskussion überlagert zu werden. Statt, wie im Herbst vereinbart, klare Regeln für die Finanzmarktarchitektur zu vereinbaren, befürchte ich jetzt eine Diskussion über Kon-

junkturpakete. Und wenn es zu keiner gemeinsamen Erklärung kommt, besteht die Gefahr, dass alle Länder in eine protektionistische Haltung zurückfallen. Wir haben weltweit genügend Konjunkturpakete, jetzt müssen wir abwarten, wie sie funktionieren.

5 Zunächst einmal müssen die anderen Länder zur Kenntnis nehmen, dass es bei uns ja automatische Konjunkturprogramme gibt, nämlich die sozialen Sicherungssysteme. Sie sorgen dafür, dass die Menschen nicht nur aufgefangen werden, sondern auch konjunkturpolitisch gegengesteuert wird. Wie etwa durch die Arbeitslosenversicherung, die Amerika so ja gar nicht kennt. Ich verstehe, dass die Bundesregierung deshalb auf die soziale Marktwirtschaft verweist, um sich gegen ungerechtfertigte Vorwürfe geringen Handelns zu wehren.

Zur Person



Klaus F. Zimmermann (56), Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn. Er lehrt an verschiedenen Universitäten.